

Rückblick auf 2009:

Gut gemeistert

Markus Lustenberger, Geschäftsleiter der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) hat zur Eröffnung seiner BVG-Seminarien den zahlreichen anwesenden Geschäftsleitern und Stiftungsräten ein Kränzchen gewidmet und ihnen für ihre Arbeit im abgelaufenen Jahr den Dank ausgesprochen. Wir schliessen uns diesem Dank mit der Wiedergabe seiner einleitenden Worte an.

In den Jahren 2008/2009 hat der Finanzmarkt den Pensionskassen grosse Probleme eingebrockt. Die Wertschwankungsreserven der Kassen haben sich zum Teil in Luft aufgelöst. Es sind Unterdeckungen zu verkräften und Sanierungsmassnahmen anzuordnen. Die Risikofähigkeit der Kassen hat gelitten und leidet teilweise immer noch. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten können wir feststellen, dass die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die 2. Säule auf allen Ebenen meistens gut pariert worden sind und weiterhin gemeistert werden.

Stabile Pensionskassen

Die Stabilität der 2. Säulen ist nach wie vor gegeben. Die 2. Säule ist weder eingestürzt noch wankt sie. Im Gegenteil, die 2. Säule meistert die Folgen der Finanzkrise besser als es viele "gescheite" Wissenschaftler und Auguren wahrhaben wollen.

In der Zentralschweiz waren per 31.12.2008 23 Prozent der Vorsorgeeinrichtungen in Unterdeckung -

und nicht mehr! Viele dieser Vorsorgeeinrichtungen haben sehr professionelle Beurteilungen vorgenommen, Massnahmen ergriffen und wie vom Gesetz vorgesehen, die nötigen Schritte eingeleitet. Die Schwierigkeiten, welche die Pensionskassen meistern mussten, haben also nicht zur Destabilisierung der 2. Säule geführt. Sie als Stiftungsräte/innen, Geschäftsführer/innen, Experten und Kontrollstellen haben aufgrund unserer Feststellungen als Aufsichtsbehörde - und wir haben einen relativ guten Quervergleich über hunderte von Pensionskassen - doch im Einzelfall weitgehend überlegt, der Situation angepasst und professionell gehandelt. Das ist sehr positiv und spricht für Sie aber auch für die 2. Säule als Ganzes.

Vorteile der dezentralen Struktur

Einmal mehr, wie bereits in den Jahren 2001/2002, hat sich auch positiv ausgewirkt, dass die 2. Säule eine sehr dezentrale Institution ist, mit tausenden von Pensi-

onskassen und ganz unterschiedlichen Vorsorgeeinrichtungen. Diese dezentrale Struktur der 2. Säule führt zum positiven Ergebnis, dass nicht, wenn eine Pensionskasse krank oder schwerkrank ist, alle andern dann auch gerade krank oder schwerkrank sind. Die Vielfalt, die dezentrale Struktur, die Heterogenität sind eine grosse Stärke der 2. Säule. Sie sollte nicht beklagt werden, wie das vielfach immer wieder geschieht, sondern vielmehr positiv gewürdigt und geschätzt werden.

Gestärkte 2. Säule

Ich bin der Auffassung, dass die 2. Säule gestärkt aus den Turbulenzen der Finanzkrise herausgehen wird. Das System der 2. Säule und die Bestimmungen über die Sanierungen und Unterdeckungen haben sich im Wesentlichen bewährt. Sie als Führungsorgane der Pensionskassen, die Kontrollstellen und die Experten haben ihre Aufgaben weitgehend professionell wahrgenommen. Die Arbeitgeberfirmen, die Versicherten und alle Akteure der 2. Säule sind sensibilisiert, was gut ist. Die Börse zeigt in den letzten Monaten eine relativ gute Entwicklung. Es gibt zudem sehr viele Vorsorgeeinrichtungen die gar keine Unterdeckung haben. Die 2. Säule wankt also nicht, sie ist schon gar nicht eingestürzt und man kann sagen, was die 2. Säule nicht umbringt macht sie stärker.

Familienzulagen:

Ein Kind eine Zulage

Nach der Annahme der parlamentarischen Initiative von Hugo Fasel (G/FR) und der Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzesentwurfes hat der Nationalrat mit 95 zu 68 Stimmen eine obligatorische Kinderzulage auch für Selbständigerwerbende in das Familienzulagengesetz aufgenommen.

2005 hatte sich der Ständerat der Aufnahme der Selbständigerwerbenden in das Familienzulagengesetz erfolgreich widersetzt. Nach der Volksabstimmung Ende 2006 und der Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes auf Anfang 2009 soll nun der Leistungsumfang mit der Ausdehnung der Familienzulagen auf die Selbständigerwerbenden erweitert werden. Die Mehrzahl der bürgerlichen Vertre-

ter im Nationalrat wollte denn auch auf das Geschäft, das Kosten von 167 Mio Franken pro Jahr verursachen wird, gar nicht eintreten. Nichteintreten wurde aber ebenso abgelehnt wie ein Minderheitsantrag, der anstelle der Finanzierung durch die Selbständigerwerbenden eine Beitragserhebung von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden forderte. Die Vorlage geht damit an den Ständerat.